

Kein bisschen Frieden

Christoph
Bausenwein



Eine Rebellion
gegen die
Wehrpflicht



edition
e!nwurf

Inhalt

Einleitung	9
Vorspiel	15
Im Jahr des Friedens (1986, 1. Teil)	27
Prüfung ohne Gewissen (1964 bis 1982)	80
Unter Gefangenen (1986, 2. Teil)	185
Totalverweigerer vor Gericht (1982 bis 1985)	226
Erprobung ohne Gnade (1986, 3. Teil)	353
Gedanken auf Freigang (1986, 4. Teil)	410
Wehrpflicht am Ende (1987 bis 2011)	455
Nachwort: Ein neue Wehrpflicht?	475
Abkürzungsverzeichnis	506
Bildnachweis, Dank	508
Der Autor	509

EINLEITUNG

Als sogenannter „Boomer“ – also einer aus den geburtenstarken Jahrgängen um 1960 – im Rentenalter angekommen und daher zunehmend erinnerungsselig geworden, war ich im Februar 2024 damit beschäftigt, meine Notizen aus den turbulenten 1980er-Jahren aufzuarbeiten – und meine etwas spezielle persönliche Geschichte darin –, um eventuell eine Art politische Biografie daraus zu destillieren. Damals war etwas entstanden, was später als „links-versiffetes alternatives Milieu“ beschimpft worden ist, und ich wollte einfach mal festhalten, was uns bewegte, worüber wir diskutierten, welche Ideen und Texte uns faszinierten, wie wir uns in „Beziehungskämpfen“ ineinander verhakten, vor allem aber: wogegen wir rebellierten und wie wir uns im Protest engagierten. Ich war damals nur eine Randfigur, aber eine, die oft mittendrin stand und das Geschehen aufmerksam beobachtete. So gehörte ich zu jenen „Rebellen gegen die Wehrpflicht“, die nicht nur den Kriegsdienst mit der Waffe, sondern als Totalverweigerer auch den zivilen Zwangsdienst verweigert hatten. Anders als heute war der Begriff damals genuin politisch und noch nicht missbraucht als beleidigende Bezeichnung für Grundversicherungsempfänger, denen vorgeworfen wird, aus purer Faulheit eine zumutbare Arbeit abzulehnen. Wir hingegen – also diejenigen, die in den sogenannten „Neuen Sozialen Bewegungen“ aktiv waren – empörten uns vor allem über das Fehlen einer elementaren Grundsicherheit. Getrieben von der Angst vor menschengemachten Bedrohungen, die das Überleben der Menschheit gefährden könnten, sahen wir uns provoziert zu einer Art multiplen Selbstverteidigung: gegen die Wehrpflicht, gegen NATO und Atomraketen, gegen AKWs und WAAs, gegen die Auswüchse von Kapitalismus und Leistungsgesellschaft, gegen die Zerstörung der Umwelt, gegen den im Zuge der Terrorismusbekämpfung entstandenen Überwachungsstaat, gegen Nazis in politischen Ämtern, gegen eine militaristische Erinnerungskultur, gegen Rassismus usw. usf. Die Worte „Freiheit“ und „Selbstbestimmung“ wurden damals ganz groß geschrieben, es war die Zeit, als die Frauenbewegung mit Macht in den Vordergrund rückte,

als Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen auf ihre Rechte pochten, als Betriebe und Initiativen aus dem Boden schossen, in denen „Kollektive“ dem Ideal eines hierarchiefreien Miteinanders nahezukommen versuchten. So entstand eine eigene, eben „alternative“ Kultur, in der die Utopie gepflegt wurde, dass alles anders werden könnte: friedlicher, freundlicher, ökologischer, vielfältiger, sozialer und gerechter. Aus heutiger Sicht mögen wir in mancher Hinsicht hoffnungslos naiv gewesen sein, unmittelbar erreicht haben wir nur wenig, gänzlich ohne Wirkung geblieben ist unser Gegenprogramm trotzdem nicht. Vieles von dem, was wir damals gefordert oder experimentell ausprobiert haben, ist heute in abgewandelter Form selbstverständlich geworden.

Und dann baute sich da mit dem Angriffskrieg von Putins Russland auf die Ukraine unvermittelt die scharfkantige Fratze einer schrecklichen Gegenwart vor meiner in Teilen durchaus rosigen Erinnerungswelt auf – und ließ sie platzen wie eine Seifenblase. Der Schock saß bei mir so tief, dass ich die Arbeit erst mal liegen lassen musste. Denn was hat meine Generation bzw. der Teil von ihr, der sich politisch engagiert hat – auf Großdemonstrationen, in kleinen Aktionen, durch individuelle Verweigerungen und Gruppeninitiativen verschiedenster Art –, heute, da die Angst vor einem Krieg plötzlich ganz nahe gerückt ist, noch zu sagen? Frieden schaffen ohne Waffen: Das war damals die Losung von Kriegsdienstverweigerern auf *beiden* Seiten der in „West“ und „Ost“ geteilten Machtblöcke, die sich in der DDR genauso wie in der BRD der Logik von Zwang und Gewalt entziehen wollten. Von einer blockübergreifenden Friedensbewegung von unten ist in den heutigen, komplizierter und rauer gewordenen Zeiten nicht einmal in Ansätzen etwas zu sehen, überlegte ich verzagt. Können also unsere Programme von damals, die stets einhergingen mit einer ausgeprägten Staatsverdrossenheit und einem Gestus des „Widerstands“, auf den wir uns mächtig etwas einbildeten, heute noch als Ratgeber dienen? Ist jetzt nicht etwas ganz anderes gefordert? Ist es nicht geboten, sich auch militärisch wehrhaft zu machen gegen eine neue Art von Bedrohungen, die wir einstige Weltverbesserer uns so nicht hätten ausdenken können? Und hatten die Grünen, die in ihren Ursprüngen als Protestpartei unsere Sehnsüchte wenigstens teilweise zum Ausdruck gebracht hatten, als aktuelle Regierungspartei die Wende hin zu einem Deutschland, das sich verteidigungsfähig machen muss, nicht schon längst vollzogen?

Zeitenwende, Sondervermögen und Personalsorgen: Die deutsche Politik und die Bundeswehr jedenfalls sahen sich nach dem 24. Februar

2022 plötzlich vor ganz neue Herausforderungen gestellt. „Wir sind da, um unseren Frieden und Freiheit zu erhalten und das im Zweifel auch zu verteidigen“, erklärte Ruprecht von Butler, Kommandeur der 10. Panzerdivision, den Besuchern beim „Tag der Bundeswehr“ am 17. Juni 2023 im unterfränkischen Veitshöchheim. Die während des Kalten Krieges ausschließlich zur Landes- und Bündnisverteidigung an der deutsch-deutschen Grenze konzipierte Bundeswehr war im letzten Vierteljahrhundert, konsequent vor allem nach Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011, zu einer Kriseninterventionsarmee im Ausland umgebaut worden. Das sollte sich mit dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine nun wieder ändern. „Mit neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert, erfolgt derzeit eine Rückbesinnung auf den alten Kernauftrag“, verkündete die Bundeswehr auf ihrer Webseite. Aber war sie überhaupt gewappnet dafür, den alten Kernauftrag zu erfüllen? Trotz einer Personaloffensive war die Truppenstärke, u. a. auch durch einen plötzlichen Anstieg der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung, im Jahr 2023 sogar geschrumpft, nämlich auf 181.500 Soldatinnen und Soldaten. Auf wenigstens 203.000 FWDLs (Freiwillig Wehrdienstleistende) sollte sie zunächst aufgestockt werden, doch bereits das Erreichen dieses recht bescheidenen Ziels stellte sich als ziemlich ambitioniert heraus. In den schicken Karrierecentern meldeten sich einfach zu wenige, die dienen wollten.

Und so kam sie denn in Gang, die Diskussion über eine Reaktivierung der Wehrpflicht. Immer mehr Politiker meldeten sich zu Wort, etliche hochrangige Generäle, die Wehrbeauftragte Eva Högl oder Experten wie der seit Beginn des Krieges in Talkshows omnipräsente Militärhistoriker Sönke Neitzel aus Potsdam. Zu alledem passte, dass Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier schon seit längerem die Idee einer sozialen Pflichtzeit ventiliert und die CDU sich für die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahrs ausgesprochen hatte. Warum also nicht ein verpflichtendes, entweder im zivilen oder militärischen Bereich abzuleistendes „Dienstjahr für Deutschland“?

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hingegen, ein ehemaliger Kriegsdienstverweigerer, versuchte im Mai 2024, die aufgeregte Debatte herunterzudimmen. Einen „Wehrdienst wie früher“ werde es nach seiner Überzeugung nicht mehr geben, man werde nicht wieder zurückkehren zu einer Wehrpflichtarmee alten Stils. Für die Einberufung eines kompletten Jahrgangs wie anno 1980, als die Truppenstärke fast eine halbe Million Soldaten betragen hatte, fehlten die Infrastruktur und die orga-

nisatorischen Ressourcen, so etwas „würde nicht mehr funktionieren“. Und man verfolge auch keinen solchen Plan, all das würde ja gar nicht benötigt, denn die Bewältigung des Personalmangels bei der Bundeswehr sei eine „überschaubare“ Aufgabe. Und so kam es, dass der Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius seine eigentlich viel weitergehenden Vorstellungen abspecken musste und lediglich das Ausfüllen eines Fragebogens für junge Männer zur Pflicht machen durfte. Vorläufig also würde es keine „richtige“ Wehrpflicht geben. Aber die Diskussion, da war ich mir sicher, würde weitergehen.

Unverkennbar ist: Im Angesicht neuer Bedrohungen sind die Aufgaben der Bundeswehr, das Thema Wehrhaftigkeit und die Begriffe Pflicht und Zwang wieder in den Fokus gerückt, und zudem hat sich die Tonlage geändert, in der über all das diskutiert wird. Als der Bundestag am 25. April 2024 mit großer Mehrheit die Einführung eines Veteranentags beschloss, mit dem jedes Jahr am 15. Juni den ehemaligen Soldaten Anerkennung und Dank ausgedrückt werden soll, war deutlich geworden, in welche Richtung sich der Wind der Moral gedreht hatte: Denjenigen, die uns verteidigen, soll nun wieder Ehre zuteilwerden; der zivile Ungehorsam von Kriegsdienstgegnern und Pazifisten hingegen, der lange die Stimmung in der Bundesrepublik geprägt hatte, haben als Leitbilder ausgedient in einer Zeit, in der die Fähigkeit zu militärischer Abschreckung als das Gebot der Stunde erscheint. Damals pochten wir darauf, Soldaten unter Berufung auf ein Tucholsky-Zitat als Mörder bezeichnen zu dürfen, und wir setzten uns dafür ein, dass Deserteure der Wehrmacht umfassend rehabilitiert und mit Denkmälern bedacht würden. Heute hingegen scheint es so, dass es bald wieder Staatsbegräbnisse und neue Ehrenmale für gefallene Helden geben könnte.

Kaum mehr vorstellbar ist, dass – wie noch zu Beginn des „Einstein-Jahres“ 2005 – am Bundeskanzleramt der Einstein-Spruch angebracht würde: „Der Staat ist für die Menschen und nicht die Menschen für den Staat.“ Das vollständige Zitat wurde freilich schon damals unterschlagen, wohl mit gutem Grund. Denn so geht es in „Mein Weltbild“ weiter: „Der Staat soll also unser Diener sein, nicht wir Sklaven des Staates. Das Gebot verletzt der Staat, wenn er uns mit Gewalt dazu zwingt, Militär- und Kriegsdienst zu leisten, zumal dieser knechtische Dienst zum Ziel und zur Wirkung hat, Menschen anderer Länder zu vernichten oder in ihrer Entwicklungsfreiheit zu schädigen“.

Einstein ist wiederholt als konsequenter Pazifist und Militärdienstgegner aufgetreten, der im Gedenken an die Verheerungen des Ersten

Weltkriegs zur Verweigerung des Militärdienstzwanges aufrief und die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern als „Schande“ für einen modernen Staat bezeichnete. Andererseits wurde ihm später bewusst, dass ein lupenreiner Pazifismus nicht ausreicht, wenn es gilt, skrupellos-gewalttätiger Expansion und Herrschaft zu begegnen. „Bis 1933 habe ich mich für die Verweigerung des Militärdienstes eingesetzt. Als aber der Faschismus aufkam, erkannte ich, dass dieser Standpunkt nicht aufrechtzuerhalten war, wenn nicht die Macht der Welt in die Hände der schlimmsten Feinde der Menschheit geraten soll. Gegen organisierte Macht gibt es nur organisierte Macht; ich sehe kein anderes Mittel, so sehr ich es auch bedaure.“

Heute, da das Grundgesetz sein 75. Jubiläum feiern durfte, geht es wieder um die beiden von Einstein angesprochenen Fragen: Wie ist der Kriegsgefahr zu begegnen? Und wie kann angesichts eines Rechtsrucks in Europa – in der deutschen Parteienlandschaft symbolisiert durch die Wahlerfolge der AfD –, ein neuer Faschismus verhindert werden? Kurz: Es geht um Frieden *und* Freiheit. Denn es steht ja nicht nur die Drohung eines Krieges im Raum, sondern auch die Gefahr, dass all die freiheitlichen Errungenschaften, die seit den 1980er-Jahren selbstverständlich geworden zu sein schienen, im Zuge eines Abdriftens in Richtung Diktatur wieder rückabgewickelt werden könnten. Und in diesem Zusammenhang überlegte ich: Da wir – jedenfalls als kulturschöpfende Kräfte – mit unserer Agenda von damals keineswegs völlig gescheitert sind, könnte es im Licht der aktuellen Geschehnisse und Diskussionen eben doch recht aufschlussreich sein, sich einmal zurückzubeamen in die wilde Zeit der frühen 1980er-Jahre. Denn es war eine Zeit, in der nicht nur die Protesthaltung der Jugend hohe Wellen schlug, sondern in der auch ein emanzipatorischer Aufbruch begann, der in den folgenden Jahren die Gesellschaft der Bundesrepublik wesentlich mitprägte und neue Standards des Miteinander setzte.

Als roter Faden führt meine ganz persönliche Auseinandersetzung mit dem im Jahr 1949 in den Katalog der Grundrechte aufgenommenen Recht auf Kriegsdienstverweigerung (Artikel 4 Absatz 3) durch dieses Buch. Wie viele andere auch berief ich mich auf die unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte, die im Artikel 1 Absatz 2 des Grundgesetzes „als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ definiert sind. Wenn heute eine Mehrheit der Staatsbürger und Staatsbürgerinnen meint, dass Waffengewalt nur durch die Drohung mit Waffengewalt und der Bereitschaft, sie

im Zweifel auch einzusetzen, bekämpft werden kann, dann ist es umso wichtiger, daran zu erinnern, dass die Gewährung von Menschenrechten auch mit der „Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ einhergeht, sie „zu achten und zu schützen“. So steht es im Absatz 1 des Artikels 1, es ist der erste und zentrale Satz des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Vermutlich dringender als je zuvor geht es heute um die ganz große Frage: Wie kann die freiheitlich-demokratische Grundordnung der BRD, die Grundlage unserer Art des Zusammenlebens, gegen ihre Feinde von außen und von innen so verteidigt und geschützt werden, dass dabei ihre eigenen Werte nicht verraten werden?

Die frühen 1980er-Jahre waren politisch ereignisreich und turbulent. Proteste, Demonstrationen und Aktionen der Friedensbewegung, der Anti-AKW-, Frauen-, Umwelt- und anderer Alternativbewegungen markierten einen rebellischen Zeitgeist. Vor diesem Hintergrund erzählt dieses Buch aus einer ganz persönlichen Sicht die Geschichte der totalen Kriegsdienstverweigerer im geteilten Deutschland, die sich – im Westen genauso wie im Osten – vor die Konsequenz gestellt sahen: „Dienen oder Sitzen!“ Schlussfolgerungen mit Blick auf gegenwärtige Bedrohungen, den „Geist des Grundgesetzes“ und die aktuellen Diskussionen um eine Wiedereinführung der Wehrpflicht runden den Text ab.



ISBN 978-3-60684-724-8



9 783896 847218